
politische bildung

Beiträge zur
wissenschaftlichen
Grundlegung und zur
Unterrichtspraxis

Regierungssysteme

Mit Beiträgen von

Jürgen Hartmann
Eckhard Jesse
Wilhelm Knelangen
Simon Koschut
Maxime Lejeune
Werner J. Patzelt
Sven Singhofen

Forum:
Andrea Szukala

Federführend
herausgegeben von
Peter Massing und
Johannes Varwick



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Impressum

politische bildung

Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis

Erscheint im 45. Jahrgang
Begründet von Walter Gagel

Herausgeber

Prof. em. Dr. Uwe Andersen Trakehner Weg 40 48308 Senden/Westf.	Prof. em. Dr. Gotthard Breit Gerstäckerstr. 13 38102 Braunschweig	Prof. Dr. Peter Massing Katteweg 25 a 14129 Berlin	Prof. Dr. Kerstin Pohl Richardplatz 8 12055 Berlin
Prof. Dr. Stefan Schieren Steghäuser 3 85072 Eichstätt	Prof. Dr. Johannes Varwick Fechnerstr. 18 10717 Berlin	Prof. em. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke Linckenstr. 105 48165 Münster	

Federführende Herausgeber für dieses Heft

Peter Massing/Johannes Varwick

Reviewverfahren Die fachwissenschaftlichen Beiträge durchlaufen ein board-review-Verfahren. Sie werden von den Herausgebern angefragt und begutachtet. Für die Beiträge zur „Unterrichtspraxis“ und das „Forum“ besteht ein fortdauernder „call for papers“. Die Beiträge werden in einem double blind peer review-Verfahren von einem review-board begutachtet. Mitglieder dieses review-boards sind Praktiker und Wissenschaftler: Antje Breit, Prof. Dr. Joachim Detjen, Hans-Jürgen Friedrichs, Prof. Dr. Thilo Harth, Prof. Dr. Ingo Juchler, Michael Kittler, Angela Kirsch, Prof. Dr. Hans-Werner Kuhn, Dr. Michael May, Prof. Dr. Dagmar Richter, Jessica Schattschneider, Christoph Wagner, Prof. Dr. Georg Weißenö, Prof. Dr. Bettina Zurstrassen. Nähere Informationen finden Sie unter www.zeitschriftpolitischebildung.de.

Redaktionsanschrift WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.

Verlag und Vertrieb WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Ursula Buch, Bernward Debus, Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, E-Mail: info@wochenschau-verlag.de, Internet: www.wochenschau-verlag.de

Bezugsbedingungen Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Preise: Einzelheft €22,80; Abonnementpreis je Heft €16,20; Jahresabonnementpreis €64,80; Jahresabonnementpreis für Studierende und Referendare €32,40; alle Preise zuzüglich Versandkosten. Kündigung: 8 Wochen (bis 31.10.) vor Jahresschluss. Bankverbindung für Überweisungen: Postbank Frankfurt, Konto-Nr. 0003770608, BLZ 500 10060. Zahlungsweise: Lieferung gegen Rechnung oder Lastschrift.

Anzeigenleitung Brigitte Bell, Tel.: 06201/340279, Fax: 06201/182599, E-Mail: brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

© WOCHENSCHAU VERLAG, Schwalbach/Ts.

Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt. Die hier veröffentlichten Fachaufsätze werden in der Reihe „Einführung Politik“ des Wochenschau Verlages z.T. auch in Buchform publiziert. Dies gilt nicht für die didaktischen Teile der Zeitschrift.

ISSN 0554-5455 ISBN 978-3-89974774-4

WOCHENSCHAU VERLAG • Adolf-Damaschke-Straße 10 •
65824 Schwalbach am Ts. • Tel: 06196/84010 • Fax: 06196/86060
E-Mail: info@wochenschau-verlag.de
www.zeitschriftpolitischebildung.de

INHALT

In eigener Sache 5

Regierungssysteme

Peter Massing/Johannes Varwick: Einleitung 10

Jürgen Hartmann: Einführung in die Vergleichende Regierungslehre..... 13

1. Das Regierungssystem – eine Begriffsklärung
2. Politisches System und Regierungssystem
3. Parlamentarismus – Kern des Regierungssystems
4. Typologie der Regierungssysteme
5. Hinter dem Horizont der Vergleichenden Regierungslehre – Mehrheitsdemokratie und Konsensdemokratie
6. Die Europäische Union – ein Regierungssystem?
7. Regime und Systemtransformation
8. Fazit

Werner J. Patzelt: Parlamentarische Systeme..... 30

1. Woran erkennt man ein „parlamentarisches Regierungssystem“?
2. Parlamentarismus und parlamentarisches Regierungssystem
3. Entstehungswege des parlamentarischen Regierungssystems
4. Regierungsbildung als Prozess: der Kern des parlamentarischen Regierungssystems
5. Der „neue Dualismus“ und die parlamentarische Opposition
6. Fraktionsdisziplin und die allgemeinen Parlamentsfunktionen
7. Das allzu wenig bekannte Regierungssystem

Simon Koschut: Präsidentielle Systeme 48

1. Einleitung
2. Grundmerkmale präsidentieller Systeme
3. Die USA als Referenzmodell präsidentieller Systeme
4. Kritik am präsidentiellen System
5. Fazit

Sven Singhofen: Demokratien mit Adjektiven, hybride Regime oder elektorale Autokratien? Herrschaftsformen in der Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur..... 66

1. Einleitung
2. Die Grauzonen-Typologie: Überblick und Einordnung in die Herrschaftsformenlehre
3. Die Empirie der Grauzone am Beispiel Russlands
4. Fazit

Eckhard Jesse: Der demokratische Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland – mehr konkordanzdemokratische als konkurrenzdemokratische Elemente..... 86

1. Einleitende Überlegungen
2. Was ist ein demokratischer Verfassungsstaat?
3. BRD als repräsentative, parlamentarische, funktionsfähige Demokratie
4. Was ist Konkordanz-, was Konkurrenzdemokratie?
5. Die BRD zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie
6. Abschließende Überlegungen

Wilhelm Knelangen: Zwischen institutionellen Erbschaften und Verfassungssprung: Das Regierungssystem der Europäischen Union 100

1. Die EU – ein Fall für die Vergleichende Regierungslehre?
2. Von der Montanunion bis Lissabon
3. Gewaltenschränkung: Legislative, Exekutive und Judikative in der EU
4. Parlamentarisch, präsidentiell, semipräsidentiell – oder etwas anderes?
5. Die Euro-Krise und die Vorschläge zur institutionellen Reform

Unterrichtspraxis

Maxime Lejeune: Das Europäische Parlament nach dem Vertrag von Lissabon – Volksvertretung auf institutioneller Augenhöhe? Eine Unterrichtseinheit zum Thema EU für die Sekundarstufe II 118

Buchbesprechungen

Sammelrezension zum Thema (von Jana Windwehr)..... 138

Fachdidaktik

Monika Oberle: Politisches Wissen über die Europäische Union (von Sabine Manzel) 145

Iris Baumgardt: Der Beruf in den Vorstellungen von Grundschulkindern (von Dagmar Richter) 150

Urs M. Fiechtner: Das Lehrerbuch: Menschenrechte im Unterricht (von Judith Leiss) 152

Forum

Andrea Szukala: Von der Regierungslehre zur Demokratieforschung. Perspektiven für die didaktische Transformation von neueren Fachkonzepten der politischen Bildung..... 156

Das aktuelle Thema

Gotthard Breit: Die Piratenpartei 168

Tagungsberichte

Beutelsbacher Gespräche vom 27.-29.2.2012 (von Gotthard Breit)..... 178

GPJE-Tagung 2012 Dresden (von Anika Wagner)..... 182

Abstracts 186

Autorinnen und Autoren 190

IN EIGENER SACHE

Die Zeitschrift politische bildung hat schon früh begonnen, ihren Herausgeberkreis zu verjüngen – 2007 kamen Prof. Dr. Stefan Schieren und Prof. Dr. Johannes Varwick dazu, in diesem Jahr Prof. Dr. Kerstin Pohl. Sie brachten nicht nur innovative Ideen und Anregungen in den Herausgeberkreis, sondern sie konnten als Neue auch die Traditionen und Konzepte der Zeitschrift intensiv kennenlernen, denn Ende 2012 werden sich drei wichtige und prägende Herausgeber der Zeitschrift aus Altersgründen aus dem aktiven Kreis der Herausgeber zurückziehen: Prof. Dr. Uwe Andersen, Prof. Dr. Gotthard Breit und Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke.

Prof. Dr. Uwe Andersen

Uwe Andersen wurde 1940 in Husum geboren. Nach einer Sparkassenlehre besuchte er neben seiner beruflichen Tätigkeit das Abendgymnasium, um auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur zu machen. Anschließend studierte er in den 1960er Jahren Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. 1970 übernahm er bei Prof. Dieter Grosser eine Assistentenstelle am gerade gegründeten Seminar für Politikwissenschaft der Universität Münster. Zusammen mit Dieter Grosser ging er 1975, nachdem er sehr erfolgreich eine Dissertation über das internationale Währungssystem abgeschlossen hatte, an die Universität München. Dort habilitierte er sich und arbeitete bis 1979 als Assistent. Im gleichen Jahr erhielt er einen Ruf auf eine Professur an der Ruhr-Universität Bochum. Dort lehrte er an der Arbeitsstelle „Deutsche Innenpolitik“ in der Sektion Politikwissenschaft bis zu seiner Emeritierung Ende 2005. In dieser Zeit war er unter anderem Geschäftsführender Direktor des Instituts für Entwicklungsforschung (IEE) und Stellvertretender Leiter des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) sowie Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften.

Uwe Andersen steht für einen breiten interdisziplinären Ansatz in Lehre und Forschung. Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland widmete er sich vor allem regionalpolitischen Fragestellungen, aber auch dem Thema Wahlen und Föderalismus.



Im Bereich der internationalen Politik forschte er intensiv zu entwicklungspolitischen Problemen mit dem Schwerpunkt Afrika, insbesondere „Schwarzafrika“ südlich der Sahara. Im Zentrum seiner Lehr- und Forschungstätigkeit stand jedoch, nicht zuletzt bedingt durch seine eigene berufliche Entwicklung, die Politische Ökonomie bzw. in seinem Verständnis die Interdependenz der wie auch immer abgegrenzten Bereiche von Wirtschaft und Politik, die er aus einer disziplinübergreifenden Perspektive betrachtete. Andersen widmete sich von Beginn seiner akademischen Laufbahn an auch intensiv Fragen und Problemen der politischen Bildung. Schon in Münster entwickelte er Lehrkurse für das Fach Sozialwissenschaften und beteiligte sich an Schulbüchern. Später hat er die Einrichtung von sozialwissenschaftlichen Studiengängen an mehreren nordrhein-westfälischen Universitäten initiiert. Es war daher nur folgerichtig, dass er 1984 in den Herausgeberkreis der Zeitschrift politische bildung aufgenommen wurde.

Fast drei Jahrzehnte lang hat er den Kurs der Zeitschrift maßgeblich mitbestimmt. Die ersten Jahre arbeitete er noch mit Walter Gagel, dem Gründer der Zeitschrift, zusammen. Als erfahrener Herausgeber achtete Andersen bei jedem Heft darauf, Auftrag und Niveau der Zeitschrift, insbesondere aber ihre Adressatinnen und Adressaten nicht aus den Augen zu verlieren. Sein besonderes Verdienst ist darin zu sehen, dass das Thema Wirtschaft und Politik in der Zeitschrift immer eine herausgehobene Rolle spielte. Ihm vor allem ist die große Zahl der Themenhefte zu verdanken, in denen der Bereich Wirtschaft aus Sicht der Politikwissenschaft behandelt wurde. Das bedeutet aber nicht, dass er nicht auch viele andere Themenhefte betreut und zahlreiche eigene Beiträge für die anderen Hefte geschrieben hätte.



Prof. Dr. Gotthard Breit

Gotthard Breit wurde 1941 in Schondorf/Baden-Württemberg geboren. Er machte Abitur und absolvierte dann seinen Wehrdienst. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen, Hamburg und Freiburg im Br. und promovierte über ein zeitgeschichtliches Thema: „Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren“. Nach seiner Referendarzeit und einer Phase selbstständiger Unterrichtstätigkeit trat er eine Assistentenstelle im Fach Politische Bildung an der Universität Osnabrück an. Im Jahr 1976 erhielt er eine Stelle als Akademischer Rat am Lehrstuhl von Prof. Dr. Walter Gagel, dem Gründer der

Zeitschrift politische bildung, an der TU Braunschweig. Gotthard Breit wurde 1994 als Professor für Didaktik des Politikunterrichts an die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg berufen. Hier lehrte er bis 2005.

Gotthard Breit gehört zu der Generation der Politikdidaktiker in der Bundesrepublik Deutschland, die Politikdidaktik als wissenschaftliche Disziplin und politische Bildung als Unterrichtsfach profiliert und geprägt haben. Nach Breit haben die Politikdidaktik und die politische Bildung immer zwei zentrale Bezugspunkte: die Politik und die Demokratie. Ohne den Bezug zur Politik und zur Politikwissenschaft ist politische Bildung für ihn nicht vorstellbar. Von der „Sache“ Politik müssen Lehrer/-innen der politischen Bildung etwas verstehen. Gotthard Breit sieht in ihrer politikwissenschaftlichen Kompetenz eine zentrale Voraussetzung für einen gelingenden Politikunterricht. Daraus ergab sich für ihn der entscheidende Impuls, sich in der Zeitschrift politische bildung zu engagieren. Seit 1993 gehört er zu deren Herausgeberkreis. Den Anspruch, im weitesten Sinne politikwissenschaftliche Ergebnisse und Erkenntnisse Politiklehrerinnen und -lehrern praxisnah zur Verfügung zu stellen, hat er nachdrücklich vertreten. Aber Gotthard Breit ging und geht es nicht nur um Politik oder das Politische. Den zweiten wesentlichen Bezugspunkt der politischen Bildung bildet für ihn die Demokratie. Vor dem Hintergrund seines zeitgeschichtlichen Studiums und seiner Dissertation, in der ihm die dramatischen Folgen des Obrigkeitsstaates und der Unmündigkeit von Menschen begegneten, sieht er die Aufgabe der politischen Bildung vor allem darin, im Staat die Bedingungen der Freiheit zu erhalten und vor allem die Bürger/-innen zu befähigen, selbstständig zu denken und zu handeln. Doch nicht nur die Fähigkeit zur Analyse und zur Beurteilung von „Politik“ müsse erworben werden, zentral sei der Aufbau einer den Grundwerten „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ entsprechenden Verhaltensdisposition als Grundlage für ein demokratisches Zusammenleben. Dieser Aufgabe der politischen Bildung sieht sich Gotthard Breit nach wie vor in besonderer Weise verpflichtet.

Dass diese Aspekte in der Zeitschrift ausreichend zur Geltung kamen, war das zentrale Anliegen von Gotthard Breit. Er hat viele und unterschiedliche politische Themenhefte verantwortet, besonders engagiert hat er sich für den Praxisteil der Zeitschrift. Zahlreiche Unterrichtseinheiten stammen aus seiner Feder. Auch das „Forum“ und das „aktuelle Thema“, das er bis heute regelmäßig schreibt, gehen auf seine Ideen und Anregungen zurück.



Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke

Wichard Woyke wurde in 1943 in Wollstein/Posen geboren. Nach einem zweijährigen Wehrdienst hat er im Jahr 1965 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität im Westteil des damals geteilten Berlin das Studium der Politikwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie aufgenommen und 1969 mit einem Diplom in Politikwissenschaft abgeschlossen. Dieter Grosser, den Woyke in Berlin kennengelernt hatte, holte den jungen Wissenschaftler aus der damaligen Frontstadt nach Münster. Von 1970 bis 1974 war Woyke dort als Assistent tätig und promovierte 1974 bei Dieter Grosser und Arnulf Baring mit einer Arbeit über „Oppositionsparteien und Verteidigungspolitik im gaullistischen Frankreich“. Seiner Ernennung zum Akademischen Rat im gleichen Jahr folgte 1977 die Ernennung zum Akademischen Oberrat. 1984 habilitierte er sich im Fach Politikwissenschaft, 1989 folgte die Ernennung zum Professor für Politikwissenschaft. Am Münsteraner Institut für Politikwissenschaft nahm er seither bis zum Jahr 2009 die Professur für Europapolitik wahr. Daneben hat er an zahlreichen Universitäten im In- und Ausland gelehrt.

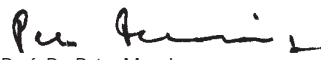
Das Koordinatensystem des politikwissenschaftlichen Denkens von Wichard Woyke hat mehrere Achsen: Die deutsch-französischen Beziehungen als Grundlage der europäischen Integration, die europäische Integration als Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben der Staaten und das transatlantische Verhältnis als Basis des westlichen Bündnisses. Aber es waren nicht allein die „internationalen“ Themen, denen seine Aufmerksamkeit galt. Während die Politikwissenschaft sich zunehmend als eine segmentierte Disziplin präsentiert, hat Woyke teildisziplinäre Grenzen – etwa mit seinen Arbeiten zur Wahl- und Parteienforschung – immer wieder überwunden. Die Trennung zwischen nationalen politischen Systemen und der Ebene des internationalen Systems war für ihn immer eine relative. Beide sind in seinem Werk stets aufeinander bezogen. Das wissenschaftliche Engagement von Wichard Woyke war und ist nie ein rein akademisches gewesen. So ist Woyke neben Forschung und Lehre überaus engagiert im Bereich der politischen Bildungsarbeit und der Analyse, Vermittlung und Erklärung von Politik in den Medien tätig. Seinem Verständnis von Politikwissenschaft als einer Wissenschaft für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend hat er Bücher und Aufsätze vorgelegt, die bis heute breit wahrgenommen werden und die für Studierende, die politische Bildung und die interessierte Öffentlichkeit ebenso nützlich sind wie für Wissenschaftler. Nicht zuletzt ist Woyke ein vielfach

eingeladener Kommentator in Sendungen des Rundfunks und des Fernsehens. Sein Gespür für politische Entwicklungen und, vor allem, seine Fähigkeit, auch komplizierte Sachverhalte in einer Sprache zu präsentieren, die der Hörer bzw. der Zuschauer versteht, hat ihn dort zu einem gern gesehenen Gast werden lassen – in der deutschen Politikwissenschaft nicht eben eine Selbstverständlichkeit.

Im Herausgeberkreis der Zeitschrift, dem er seit 1994 angehörte, hat er immer in besonderer Weise dafür plädiert, die europapolitischen, internationalen und weltpolitischen Aspekte des Politischen in den Blick zu nehmen, auch seinen Forschungsschwerpunkt Wahl- und Parteienforschung hat er immer wieder in viel beachtete Hefte umgesetzt.

Wir werden die drei Herausgeber schmerzlich vermissen, waren sie doch immer hoch motiviert und engagiert. Sie verstanden es, eine Atmosphäre zu schaffen, die die Redaktionskonferenz der Zeitschrift politische Bildung für alle zu einem besonderen Ereignis werden ließ. Heftkonzepte wurden immer intensiv, sachkundig und mit Toleranz und Humor diskutiert, bis das passende Konzept stand. Immer hatten sie die Praxis des Politikunterrichts und die Politiklehrerinnen und -lehrer vor Augen. So gelangen viele beispielhafte Themenhefte, die halfen, guten Politikunterricht zu gestalten. Alle drei haben einen großen Beitrag für die bisherige produktive und harmonische Zusammenarbeit geleistet und sich bleibende Verdienste für die Zeitschrift und die politische Bildung erworben. Die jetzigen Herausgeber und die Verleger wünschen ihnen weiterhin Gesundheit, Schaffenskraft und Zufriedenheit und sind sicher, dass sie der Zeitschrift auch in Zukunft mit Beiträgen und Ideen verbunden bleiben.

Für die Herausgeber:



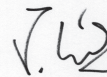
Prof. Dr. Peter Massing



Prof. Dr. Kerstin Pohl

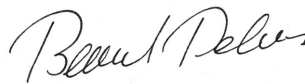


Prof. Dr. Stefan Schieren



Prof. Dr. Johannes Varwick

Für den Verlag:



Dipl. Vw., Dipl. Pol. Bernward Debus



Tessa Debus, M.A.



Dr. Birgit Wolter

■ Peter Massing/Johannes Varwick

Einleitung

Wie funktioniert eigentlich das deutsche Regierungssystem, wie die Regierungssysteme der Nachbarstaaten? Welche Unterschiede gibt es zu anderen Systemen? Welche Gemeinsamkeiten und Divergenzen sind zwischen demokratischen Systemen auszumachen und wodurch unterscheiden sich diese von nicht-demokratischen Systemen? Was für eine Art Regierungssystem ist die Europäische Union?

Wer sich für Politik interessiert und diese systematisch analysieren will, kommt an der Betrachtung des Regierungssystems eines Landes nicht vorbei. Denn die Ordnung der Machtzuweisung, der Machtkontrolle und der Machtablösung ist die Hauptaufgabe eines Regierungssystems – und all dies kann auf sehr unterschiedliche Weise erfolgen: demokratisch, autoritär oder totalitär um nur drei Möglichkeiten zu nennen. Selbstverständlich kann diese traditionell-institutionalistische Betrachtungsweise, die den Handlungsrahmen von Politik (polity) in den Vordergrund rückt, nicht ohne Bezüge zu den weiteren Dimensionen, d.h. der inhaltlichen (policy) und der Prozessdimension von Politik (politics) stattfinden, sie ist aber zumindest ein gleichberechtigter Pfeiler in dieser analytischen Dreiteilung des Politischen.

Es stellen sich dabei zentrale Machtfragen wie etwa: Welche Institution bzw. Organisation hat welche Aufgaben? Wie ist sie aufgebaut und wie hängen verschiedene Institutionen voneinander ab? Welche Kontroll- und Beteiligungsrechte sind vorgesehen? Welche rechtlichen Grenzen sind den Akteuren gesetzt? Auf diese Fragen geben unterschiedliche Regierungssysteme sehr unterschiedliche Antworten. Die Unterschiede zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Systemen sind dabei offenkundig, aber auch in verschiedenen Demokratien gibt es fundamental unterschiedliche Regelungen. So sind parlamentarische Systeme das Ergebnis der Verflechtung von Parlament und Regierung und die Aufhebung der Trennung von Exekutive und Legislative führt meist nicht zu einer Aufwertung, sondern zu einer Abwertung des Parlaments. Präsidentsysteme hingegen sind durch eine weitgehende Trennung von Regierung und Parlament gekennzeichnet, Regierung und Parlament werden von Anfang an auseinander gehalten und stützen sich auf voneinander unabhängige Bestimmungsvorgänge mit dem Ergebnis einer relativen Selbständigkeit von Parlament und Regierung.

Dieses Heft hat den Anspruch, eine Art Schnellkurs in Grundfragen der Regie-

rungslehre zu sein, der von Einsteigerinnen und Einsteigern ebenso genutzt werden kann wie von Lesern und Leserinnen, die bereits mit der Thematik vertraut sind.

In sechs fachwissenschaftlichen Beiträgen werden zu dieser Debatte zentrale Fragen von ausgewiesenen Experten behandelt. *Jürgen Hartmann* gibt zunächst einen Überblick zu Kategorien, Begriffen und Konzepten der vergleichenden Regierungslehre, mit dem die grundlegende Mechanik komplexer Vorgänge und Strukturen verstanden werden kann. Dabei hat die Politikwissenschaft in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Kategorisierungsversuchen hervorgebracht und der Ansatz von Hartmann wird naturgemäß nicht von allen geteilt. Er bietet aber einen guten analytischen Blick auf diese Thematik, die dann in den weiteren Beiträgen ergänzt, manchmal anders eingeordnet und vertieft wird.

In drei Beiträgen werden dann ausgewählte Systemtypen vorgestellt: parlamentarische und präsidentielle Systeme sowie Grauzonen zwischen Demokratie und Diktatur. *Werner Patzelt* gibt einen fundierten Einblick in Grundfragen parlamentarischer Systeme, wie etwa Deutschland. Er nimmt als zentrales Kriterium die Art der Beziehungen zwischen Parlament und Regierung. Ein parlamentarisches Regierungssystem liegt dann vor, wenn das Parlament die Regierung absetzen kann, ja womöglich sogar ins Amt zu bringen hat. Dieses auf den ersten Blick einfache Konzept birgt jedoch einige „wirkungsmächtige Geheimnisse“, die sich erst dem geschulten Blick erschließen und deren Auflösung Missverständnisse hinsichtlich der Funktionslogik parlamentarischer Systeme verhindern können. *Simon Koschut* nimmt sich, gleichermaßen fundiert, präsidentielle Systeme am Fallbeispiel USA vor. In einem ersten Schritt werden Grundmerkmale präsidentieller Systeme herausgearbeitet und deren jeweilige Gewichtung dargelegt. In einem zweiten Schritt werden diese Grundmerkmale anhand des Referenzmodells der USA illustriert. In einem dritten Schritt wird auf die Kritik in der Literatur am präsidentiellen System eingegangen. Der Beitrag von *Sven Singhofen* nimmt sich der Problematik an, dass eine große Anzahl an Ländern mit dem gebräuchlichen konzeptionellen Instrumentarium nicht eindeutig erfasst und eingeordnet werden kann. Für diese Fälle, die zwischen Demokratie und Autokratie stehen, gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Einordnungsvorschlägen. Der Beitrag gibt einen gehaltvollen Überblick über diese politikwissenschaftlichen Instrumente zur Kategorisierung der „Grauzone“.

Neben diesen vier grundlegenden Aufsätzen widmen sich zwei weitere Beiträge besonders relevanten Facetten der Thematik. *Eckhard Jesse* schaut auf Deutschland, mit der besonderen Fragestellung, ob die Mischung aus Konflikt und Konsens, aus Gegeneinander und Miteinander – politikwissenschaftlich formuliert: aus Konkurrenz und Konkordanz – stimmig ist. Deutschland ist weder eine Konkurrenz- noch eine Konkordanzdemokratie, wobei konkordanzdemokratische Elemente immer

stärker zugenommen haben („Politikverflechtung“). Dies führt zu Reformstau bzw. zu Blockaden und die Zurechenbarkeit der Entscheidungen bleibt auf der Strecke. *Wilhelm Knelangen* nimmt einen in vielerlei Hinsicht interessanten Sonderfall der Regierungslehre in den Blick: das Regierungssystem der Europäischen Union. Er fragt, ob die Übertragung von Konzepten, die ursprünglich für nationale Systeme entwickelt wurden, brauchbar sind, um die Funktionsweise des europäischen Regierens besser zu verstehen. Auf der Basis der Analyse des EU-Regierungssystems wird gefragt, ob die EU einem parlamentarischen, präsidentiellen oder semipräsidentiellen Systemtyp ähnelt. Zudem werden Reformvorschläge im Zeichen der Krise der EU daraufhin untersucht, welche Implikationen diese aus Sicht der Regierungslehre haben.

Auch die Unterrichtspraxis von *Maxime Lejeune* behandelt die transnationale Dimension. Er analysiert die Rolle und die Funktionen des Europäischen Parlaments nach dem Vertrag von Lissabon und entwickelt dazu eine Unterrichtseinheit für den Politikunterricht in der Sekundarstufe II. In einer Sammelbesprechung analysiert *Jana Windwehr* einschlägige Grundlagenwerke der Regierungslehre. Zudem gibt es wieder Rezensionen zur Fachdidaktik.

Das Forum befasst sich ebenfalls mit dem Themenschwerpunkt. *Andrea Szukala* fragt, ob die Kontroverse zwischen „Demokratielernen“ und „Politiklernen“ die fachdidaktische Diskussion um neue Konzepte der Regierungs- und Systemlehre verlangsamt hat. Sie analysiert dazu Lehrwerke und Unterrichtsmaterialien für höhere Schulstufen, die Demokratie als Regierungsform thematisieren und kann zeigen, dass diese von der fachwissenschaftlichen Debatte zumindest teilweise entkoppelt sind.

Das aktuelle Thema von *Gotthard Breit* widmet sich dem rasanten Aufstieg der Piratenpartei – ein Thema, das besonders bei Schülerinnen und Schülern auf Interesse stoßen dürfte und hier materialreich und unterrichtstauglich aufgearbeitet wird.

Aberundet wird das Heft durch zwei Tagungsberichte: *Gotthard Breit* fasst die Beutelsbacher Gespräche 2012 zusammen und *Annika Wagner* berichtet über die GPJE-Tagung in Dresden.

Abschließend noch ein Hinweis in eigener Sache. Es sei darauf hingewiesen, dass in der Zeitschrift künftig nicht mehr in einer eigenen Rubrik über die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen berichtet wird. Die Herausgeber sind zu der Überzeugung gelangt, dass diese aktuellen Informationen im Internetzeitalter besser und aktueller im Internet recherchiert werden können. Aktuelle Wahlergebnisse und Hintergrundinformationen zum Thema Wahlen finden sich etwa bei www.wahlrecht.de, www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen, www.infratest-dimap.de oder www.bundeswahlleiter.de.